



DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 €

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Februar 02/2002

Gedenken heißt nicht vergessen

Am Sonntag, den 03. Februar, vor 83 Jahren war Hochspannung. Alle Beteiligten warteten darauf: Wird der Freischärler-Kommandant Gerstenberger das Abkommen einhalten, das er mit den Arbeiter- und Soldatenräten Nordwest unterschrieben hatte? Maßgebend war die Unterschrift des Soldatenrates des 9. Armee-Korps von Hamburg. Vereinbart war, dass die Räteregierung in Bremen zurücktritt, eine neue Regierung gebildet und die Gerstenberger Bremen nicht angreifen.

Diese Vereinbarung war für die Freischärler und den Bremer Caspari Null und Nichtig, als der SPD-Minister befahl: Kardätscht die Räteregierung zusammen. Noske gab 1926 in einem Interview zu, dass er das Telegramm mit der Vereinbarung erhalten habe. Die Zerschlagung erfolgte am 04. Februar 1919.

Bei dem Gedenken an die gefallenen Verteidiger der Bremer Räterepublik denken wir an die Visionen der Frauen und Männer, die sie vertraten. Beim Gedenken betrachten wir natürlich die Zeit, in der wir leben.

Nach dem Terrorangriff auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington skandieren die Medien, jetzt sei eine neue Zeit angebrochen. Das ist die Neuzeit: Krieg in Afghanistan und Militäraufmarsch in Somalia. Und deutsche Soldaten sind dabei. Einmal als sogenannte UN-Friedenstruppe und einmal mit Schnellbooten und Kreuzer.

Ich frage mich: Ist das der Anfang von deutschen Soldaten in alle Welt? Deutsche Soldaten in alle Welt, wo deutsche Rohstoff-Interessen liegen?

Meine?? Nein!! Ich bin dafür, dass allen Völkern die Rohstoffe ohne militärischen Druck abgekauft werden.

Nun sind wir ein Euroland mit elf anderen Ländern. Und wieder ist eine neue Zeit angebrochen. Eine neue Zeit? Nein! Nein!! Es geht so weiter wie gehabt. Neue Preiserhöhungen sind schon erfolgt. Auch der Streit in den Parteien und zwischen den Parteien ist wie gehabt. Jeder verkündet neue Versprechen und jeder wirft dem anderen vor, er habe kein Konzept. Wie wahr. Die Schöpfer der Bremer Räterepublik hatten klare Vorstellungen von einem Leben in Frieden und Gerechtigkeit. Ihnen und ihren Visionen gedenken wir, um sie nicht zu vergessen. Sie werden auch nicht vergessen.

Willy

Vermächtnis

Zum Gedenken an die Verteidiger der Bremer Räterepublik versammeln wir uns am Sonntag, 03. Februar 2002, gegen 11:00 Uhr am Haupteingang des Waller Friedhofs. Nach einer kurzen Begrüßung durch die VVN-BdA sprechen zu uns Staatsrat a.D. Manfred Oesthaus und Evgeny Kasakow (GesamtschülerInnenvertretung). Direkt im Anschluss an das Gedenken am Denkmal für die Verteidiger der Bremer Räterepublik treffen wir uns in den Räumen der DGB-Jugend im Café Breit im Westend zu einer Szenischen Lesung des Peter-Weiss-Lesekreises.

Unterstützerkreis der Veranstaltung ist: Allgemeiner StudentInnen Ausschuss der Universität Bremen, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Arbeitskreis Verfolgter Sozialdemokraten, Bund Deutscher PfadfinderInnen, Bremer Jugendring, DGB - Jugend Bremen, Deutscher Gewerkschafts-Bund, Kreis Bremen, Deutsche Kommunistische Partei, Bezirk Land Bremen, GesamtschülerInnenvertretung, Jugendausschuss IG-Metall, Jungsozialisten in der SPD, Bremen, Naturfreunde Jugend, PDS Bremen, SDAJ - Sozialistische Deutsche Arbeiter-Jugend, SOLID - Sozialistische Jugend,

Sozialistische Jugend Deutschlands - die Falken, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Bremen, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Landesverband Bremen

"Noch einmal müssen wir von vorne beginnen"

Die Zerschlagung der Bremer Räterepublik aus Sicht von Peter Weiss

"Warum", fragte der Sohn seinen sozialdemokratischen Vater, "hast du dich wieder der Partei angeschlossen, die sich für immer gegen die Revolution gestellt hatte". Mit dieser Frage leitet Peter Weiss seine kritische Auswertung der Niederlage vom 04. Februar 1919 ein. Und die Diskussion endet mit der Einsicht des Vaters: "Noch einmal... müssen wir von vorne beginnen, dort, wo Rosa Luxemburgs Pläne abgebrochen, wo alle, die ihre Gedanken weiterführen wollten, verfeuert worden waren..."

Mitglieder des Bremer Peter Weiss-Arbeitskreises unter Leitung von Detlef Dahlke lesen Texte aus der "Ästhetik des Widerstands".

Einführung und Kommentar:
Jörg Wollenberg

Ausstellung

Unter dem Titel "FÜR DEUTSCHLAND - GEGEN HITLER: DIE WELTWEITE BEWEGUNG 'FREIES DEUTSCHLAND'" wird die VVN-BdA Bremen am Freitag, 01. Februar 2002, 19:30 Uhr in der Villa Ichon, Goetheplatz 4, die DRAFD-Ausstellung zur weltweiten Bewegung "Freies Deutschland" eröffnen. Einführen in die Ausstellung, die bis zum 23. Februar läuft, wird Prof. Dr. Stefan Doernberg (Berlin), der als politischer Flüchtling den Einmarsch der deutschen Wehrmacht kurz nach Abschluss seines Abiturs in der Sowjetunion erlebte. In seine Heimatstadt Berlin konnte er erst Anfang Mai 1945 mit und in der Roten Armee zurückkehren: "Die Geschichte hat einen langen Schatten. Ihre Lehren sind stets kritisch zu verarbeiten. Doch nicht minder notwendig ist der Dank an die Leistungen früherer Generationen, die ihr Leben für den Frieden und die Freiheit der nachfolgenden geopfert haben." Doernberg ist 1924 in Berlin geboren und 1935 in die Sowjetunion emigriert. Er war Frontbeauftragter der Bewegung "Freies Deutschland" und später von 1983 bis 1989 Botschafter der DDR in Finnland.

Beschreibung der Ausstellung und deren Ziele auf Seite zwei.

Ausstellung: Für Deutschland - Gegen Hitler

Die Ausstellung "FÜR DEUTSCHLAND - GEGEN HITLER: DIE WELTWEITE BEWEGUNG 'FREIES DEUTSCHLAND'" bietet einen Blick in einen noch immer wenig bekannten Abschnitt des deutschen antifaschistischen Widerstandskampfes in den Jahren des Zweiten Weltkriegs. Deutsche, die in vielen Ländern politisches Asyl gefunden hatten oder sich aus anderen Gründen außerhalb des "Dritten Reiches" befanden, wie auch ehemalige Soldaten und Offiziere der Wehrmacht, die in den besetzten Gebieten oder in der Kriegsgefangenschaft aus freiwilligen Erwägungen dann aber den Kampf gegen das NS-Regime aufnahmen und sich deshalb zu den Zielen der Antihitlerkoalition bekannten, waren bestrebt, ihren Beitrag zur Beendigung des Krieges zu leisten.

Die Tafeln der Ausstellung dokumentieren, dass so eine weltweite Bewegung für ein freies Deutschland entstand, zu der sich prominente Schriftsteller und Wissenschaftler, Politiker verschiedener Richtungen, Angehörige aller Berufsgruppen, auch Geistliche, nicht zuletzt Soldaten und Offiziere, darunter Generäle, zusammenschlossen. Sie alle, die Schriftsteller Erich Weinert oder die Brüder Mann, der General Seyditz oder Bismarcks Urenkel Leutnant Heinrich von Einsiedel und der Soldat Max Emmendorfer, die vielen Tau-

sende in der weltweiten Bewegung, waren keine Verräter, sondern Vorkämpfer für ein friedliches und in der Welt geschätztes Deutschland.

Die Ausstellung hält die Ziele und Kampfformen fest, auch das Zusammenwirken mit den antifaschistischen Widerstandsbebewegungen in vielen Ländern. Sie macht dabei deutlich, dass sich die Bewegung "Freies Deutschland" hauptsächlich der Aufgabe widmete, propagandistisch zu wirken und die Wahrheit über den verbrecherischen Charakter des Krieges und die Unausweichlichkeit der Niederlage Deutschlands zu verbreiten. Damit versuchte sie von außen her alles zu tun, um der nazistischen Demagogie entgegenzuwirken und zugleich zu einem schnelleren Ende des Krieges und einer Vermeidung oder zumindest Begrenzung einer drohenden nationalen Katastrophe für das deutsche Volk beizutragen.

Den Stellenwert der Bewegung "Freies Deutschland" soll man weder überbewerten noch herabwürdigen. Sie stand in ihrer Wirkung anderen Aktionen und Formen des Widerstands nicht nach, über die mehr bekannt ist. Sie war vor allem in ihrer Zusammensetzung, ob politisch oder sozial, breiter. Und sie zeichnete sich durch eine hohe Selbständigkeit in den ver-

schiedenen Ländern aus, wenn auch die durch das Nationalkomitee "Freies Deutschland" beschlossenen Dokumente beträchtlichen Einfluss auf die weltweiten Aktionen ausübten. Die generelle Verurteilung des durch Hitler entfesselten Krieges war zunächst mit dem Appell verbunden worden, die Generäle der Wehrmacht sollten ihre Einheiten auf die Reichsgrenze zurückziehen und so einen baldigen Friedensschluss ermöglichen und einer Zerstörung Deutschlands vorbeugen. Dann aber wurden die Angehörigen der Wehrmacht aufgefordert, den aussichtslosen Widerstand nicht fortzusetzen, dem NS-Regime die Gefolgschaft zu kündigen und zumindest das eigene Leben zu retten.

Die Ausstellung gibt auch einen Einblick in die Schwierigkeiten, denen sich diese Bewegung gegenüber sah, wenn sie auch von der Gestapo intern als hohe Gefahr für das NS-Regime eingeschätzt wurde, da ihr Einfluss auch in Deutschland selbst zunahm.

Die Bewegung "Freies Deutschland" hat ihr Ziel genau so nicht erreicht wie der gesamte deutsche Widerstandskampf. Die Niederringung des faschistischen Terrorregimes musste von außen erfolgen. Die Ausstellung zeigt mit ihren zeitgenössischen Dokumenten, wie man auch unter kompliziertesten Bedingungen echte patriotische Ziele, den Kampf um ein wirklich freies Deutschland, mit dem Ringen anderer Völker gegen ein fremdes brutales Terrorregime verbinden kann.

Prof. Dr. Stefan Doernberg

Vom Dritten Reich zum Wirtschaftswunder

Am Sonntag, den 10. Februar, zeigt das Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Vegesack um 15:00 Uhr den Film "Vom Dritten Reich zum Wirtschaftswunder". Es ist eine Filmchronik von Bremen und Bremerhaven von 1933 bis 1955. Dr. Diethelm Knauf und Ulrich Scholz zeigen den Film, der vom Landesfilmarchiv, Cocart Medien und dem Verlag Temmen produziert wurde.

Private Aufnahmen und vor allem Dokumente aus amerikanischen Archiven, die meisten bisher unveröffentlicht, verdeutlichen auf beeindruckende Weise die kollektive Euphorie der Nazizeit, die furchtbaren Zerstörungen während des Krieges, Hunger und Überleben in den ersten Nachkriegsjahren und die wirtschaftliche und politische Restauration.

Betroffenheit hält sich in Grenzen

Am 12. Dezember 2001 war ein 19-jähriger mutmaßlicher Drogendealer in Hamburg an der Verabreichung des Brechmittels Ipecacuanha gestorben. Am Wochenende war er erst ins Koma gefallen und nicht mehr aufgewacht.

Der Hamburger CDU-Abgeordnete Joachim Lenders gibt dem Toten selbst die Schuld. Schließlich habe ihn niemand gezwungen, die Crack-Kugeln zu verschlucken und sich dann einer Einflösung des Brechmittels zu verweigern. Et was direkter sagt es Frank Michael Bauer von der Schill-Partei: Der Tod des 19-Jährigen mache ihn betroffen, "aber unsere Betroffenheit hält sich in Grenzen". Der junge Mann ist für ihn Täter und nicht Opfer: "Wer die Menschenrechte anderer mit Füßen tritt - und das tun Drogenhändler - muss damit rechnen, dass seine eigenen Rechte missachtet werden", so Bauer. Aus diesen Worten spricht die pure Menschenverachtung. Die SPD ist einer Meinung mit dem rechtsnationalen Senat. Einzig die Grünen haben nachgedacht. So sagt die bisherige GAL-Parteichefin Antje Radke jetzt: "Dem Brechmittelsatz zuzustimmen sei ein schwerer Fehler gewesen."

Ungeachtet des gewaltsamen Todes sieht der Bremer Senat keinen Grund für eine Kursänderung. "Wir hatten ein Neu-

Nachdenken für nicht notwendig", sagte dazu der Sprecher des Bremer Innenressorts. Auch in Bremen ist die SPD auf gleicher Linie wie in Hamburg. Diesen Vorfall will der SPD-Innenpolitiker Hermann Kleen zumindest zum Anlass nehmen, dass sich die Innendeputation damit beschäftigt. Die Grünen wollen, dass die Brechmittelverabreichung sofort eingestellt wird. "Auf dramatische Weise haben sich unsere Vorbehalte wegen bekannter Gesundheitsrisiken bestätigt", so der Innenpolitiker Matthias Guldner.

Die Niedersachsen sind da weitaus fortschrittlicher. So sagt Innenminister Heiner Barling (SPD) zu dem Erlass, keine Brechmittel einzusetzen: "Darin schließen wir den Brechmittelsatz als unverhältnismäßig aus - es sei denn, der Betroffene will so freiwillig den Verdacht des Drogenhandels aus der Welt schaffen. Das ist aber eher eine theoretische Möglichkeit. Die zwangsweise Zuführung schließen wir aus."

Im Gegensatz zu den Drogenpolitikern, die den Tod des 19-Jährigen wohl als einen "Kollateralschaden" sehen und ihn als einen "sehr bedauerlichen Einzelfall" herunterspielen, ist für mich die Zwangsvergabe eine Foltermethode.

Gerold

Stefan Heym ist tot - (K)ein Nachruf

Im Dezember vergangenen Jahres starb der 88-Jährige während eines Aufenthaltes in Israel, woher am Heinrich-Heine-Kongress teilnehmen wollte. Sein Leben und sein großartiges literarisches Werk auch nur annähernd zu würdigen, dazu reichen sie Seiten unseres BAF längst nicht aus. Wir bitten unsere Leser deshalb um Verständnis für diese wenigen Worte der Ehrung.

Stefan Heym wurde am 10. April 1913 in Chemnitz geboren. Er studierte Philosophie und Germanistik in Berlin. Als Sohn jüdischer Eltern wurde er schon früh mit der faschistischen Rassenhetze und den beginnenden Pogromen konfrontiert. 1933 floh er über Prag in die USA, studierte in Chicago, wurde Soldat der US-Armee und kam 1945 als Offizier für psychologische Kriegsführung nach Deutschland. Aus Protest gegen den Korea-Krieg gab er 1952 alle militärischen Auszeichnungen an die US-Regierung zurück und siedelte im gleichen Jahr in die DDR über. In diese Zeit fallen auch seine ersten schriftlichen Erfolge.

Die Erlebnisse dieser Jahre hatten Stefan Heym zu einem überzeugten Antifaschisten und Sozialisten werden lassen, der mit wachen kritischen Augen aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnimmt. In all seinen literarischen Arbeiten kommt zum Ausdruck: Er will mitwirken an der Schaffung einer humanen, demokratischen und sozial gerechten Welt, und er ist nie bereit zu schweigen wo er glaubt, über Missstände reden und für deren Beseitigung eintreten zu müssen. In den 60er Jahren

wird ihm in diesem Zusammenhang ein Publikationsverbot auferlegt, 1967 engagiert er sich gegen die Ausbürgerung



Foto: Ernst Vogt

Wolf Biermanns und als er 1979 in der BRD seinen Roman "Collin" veröffentlicht, wird er aus dem DDR-Schriftstellerverband ausgeschlossen.

In der DDR der Ungeliebte, weil unbequeme Kritiker, im Westen als "linker Winkelp" und "Protagonist der DDR-Diktatur" verspottet, blieb Stefan Heym

jedoch immer seiner sozialistischen Grundeinstellung treu. Das zeigte sich auch in seinem Auftreten am 04. November 1999, als er vor rund einer Millionen Menschen auf dem Alexanderplatz sprach und wenig später zum Mitinitiator des Aufrufs für eine eigenständige DDR, Mitbegründer des "Komitees für Gerechtigkeit" und Erstunterzeichner der Erfurter Erklärung wurde.

1994 gewann Stefan Heym für die PDS in Berlin-Mitte ein Direktmandat und eröffnete dann als Alterspräsident den 13. Deutschen Bundestag. Seine Ansprache war zu tiefst erfüllt von dem Wunsch, dieses Parlament möge seine gesamte Tätigkeit auf eine friedliche, demokratische, antifaschistische und sozial gerechte Entwicklung Deutschlands konzentrieren.

Ich möchte dieses Plädoyer für Stefan Heym mit einem Wort von Johannes Mario Simmel schließen. Er sagte anlässlich der Herausgabe von Heyms Autobiographie "Nachruf" 1990: Ihn "hat niemand und nichts brechen und mundtot machen können, und nichts und niemand wird es jemals können, jetzt schon gar nicht mehr. Für alles, woran er sein Leben lang geglaubt hat, wird dieser Autor, der nicht liegen kann, weiterkämpfen bis zum Tod. Viel länger! Denn es bleiben seine Bücher."

Herbert Breidbach

Archive sozialer Bewegungen

In diesem Reader werden in zwei inhaltlichen Beiträgen Archive sozialer Bewegungen sowie kritische Geschichtszeitschriften vorgestellt. Im Hauptteil sind die Adressen von 225 Bewegungsarchiven aus dem deutschsprachigen Raum aufgeführt. Angegeben sind die Postadresse, Telefon und Internet- bzw. E-Mailadresse. Leider war es nicht möglich, Bestandsbeschreibungen und weitere Informationen aufzunehmen.

Mit dem Reader liegt zum ersten Mal seit 1990 wieder eine Übersicht über die vielfältige Landschaft der Bewegungsarchive in gedruckter Form vor. Der Reader erschien in Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Studierendenausschuss der Universität Bremen.

Bernd Hüttner: "Archive sozialer Bewegungen. Eine Einführung mit Adressenverzeichnis", Schriftenreihe des ASTA der Universität Bremen, Band 2 - Januar 2002, 40 Seiten A 5, 3,80 €, ISBN 3-935849-00-1

Bezugsbedingungen:
Für Einzelbestellungen sind 4,48 € (incl. Versand) zu zahlen (nur gegen Vorkasse in Briefmarken). Es gibt eine Rabattstaffel für WeiterverkäuferInnen: 5 Exemplare kosten 16 € incl. Porto, Versand gegen Rechnung.

Bestelladresse: ASTA Universität Bremen, Bibliotheksstraße/Studentinnenhaus, 28359 Bremen. Oder per E-Mail: asta@uni-bremen.de

Nordkonferenz

Die diesjährige Nordkonferenz findet am 23./24. Februar in Seppensen statt. Im Mittelpunkt werden Erfahrungen mit Jugend gegen Neofaschismus stehen. Wir wollen uns austauschen über die bundesweite Ausstellung von VVN-BdA und IG Metall.

Die Anreise kann schon am Spätnachmittag des 22.02. erfolgen. Die Konferenz wird am Samstag, den 23.02.2002, um 10:00 Uhr mit einem Referat des Kameraden Bernd Meimberg (Schleswig-Holstein) zur aktuellen Situation im Kampf um Frieden und gegen Neofaschismus eröffnet. Im Mittelpunkt des Meinungsaustauschs am Sonntag Vormittag stehen steht die bevorstehende Verschmelzung der beiden antifaschistischen Vereinigungen. Die Kosten für Freitag - Sonntag betragen 89,20 € und für Samstag - Sonntag 46,02 €, Interessenten, auch Nichtmitglieder, melden sich bitte im Landesbü-

Anmerkungen zu Haffner

"Anmerkungen zu Hitler" haben den 1999 verstorbenen Publizisten Sebastian Haffner schlagartig berühmt gemacht. Das dünne Werk, dessen Auflage inzwischen schon die 20. überschritten hat, versucht, dem deutschen Publikum den Nationalsozialismus auf eine Weise zu erklären, die auf breite Zustimmung stieß. Wird doch Hitler als ein von außerhalb kommender, skrupelloser Verführer der Deutschen präsentiert. Klingt irgendwie nach der "Ufo-Theorie", die uns gerne von den "unwissenden" Eltern und Großeltern aufgetischt wird. Diese sagt sinngemäß, die Nazis seien auf unerklärliche Weise 1933 aufgetaucht und 1945 wieder verschwunden.

Haffner wird oft als Chamäleon beschrieben. Erst denkt er so, dann wieder anders. In den fünfziger Jahren plädierte er zum Beispiel für eine schnelle Aufrüstung des Westens, verbunden mit der bedingungslosen Unterstützung der NATO und der USA. Er sprach sich vehement für die deutsche Einheit aus. Kurz vor seinem Tod betrachtete er die Wiedervereinigung als Fehler.

Sebastian Haffner wurde als Raimund Pretzel 1907 in Berlin geboren. Der promovierte Jurist emigrierte 1938 zusammen mit seiner jüdischen Freundin nach England. Dort arbeitete er als Journalist für den "Observer". Er kehrte 1954 nach

Deutschland zurück. Zunächst schrieb er für die "Welt" und andere konservative Zeitungen. Nach der "Spiegel"-Affäre und der Ermordung Benno Ohnesorgs wandte er sich mehr den linken Blättern wie "konkret" und dem "Stern" zu. Er war auch lange Jahre für Funk und Fernsehen tätig.

Haffner ist Autor einer ganzen Reihe historischer Bestseller: "Winston Churchill" (1985), "Der Teufelspakt" (1988), "Die verbotene Revolution - Deutschland 1918/19" (1989), "Der Selbstmord des Deutschen Reiches" (1970), "Anmerkungen zu Hitler" (1978), "Preußen ohne Legende" (1978), "Überlegungen eines Wechselwählers" (1980), "Zur Zeitgeschichte" (1982), "Im Schatten der Geschichte" (1985), "Von Bismarck zu Hitler" (1987) und nun "Geschichte eines Deutschen - Die Erinnerungen 1914-1933" (2000).

Der pensionierten Dresdner Kunsthistoriker Jürgen Paul hat in der "FAZ" behauptet, dass das bereits 1939 geschriebene Buch nachträglich "korrigiert" worden sei. Das Original-Papier, auf dem geschrieben wurde, hatte da untypische englische Format und enthielt kaum Korrekturen (Aussage des Biographen Uwe Soukup). Pauls nächster "Beweis" war, dass Haffner 1939 von Rolltreppen in Berliner U-Bahnhöfen schrieb, die es aber zu der Zeit

noch gar nicht gegeben habe. Das Berliner Technikmuseum bestätigt hingegen, dass bereits am 01. Juli 1927 die erste U-Bahn-Rolltreppe am Hermannplatz in Betrieb genommen wurde.

Doch Paul ist nicht der einzige Möchtegernhistoriker in der "FAZ". Der Berliner Historiker Henning Köhler schlägt in die gleiche Kerbe: Teile Haffners Beschreibungen stammten aus der Apo-Zeit. Genau diese Textstellen waren schon 1940 einmal veröffentlicht worden. Man sieht hier wieder einmal, wie viele Dilettanten die "FAZ" finanziert.

Haffners Buch über die "Geschichte eines Deutschen" ist eine ganz persönliche Sicht der gesellschaftlichen Entwicklung vor dem ersten Weltkrieg über die Zeit der Weimarer Republik hin bis zum Beginn der NS-Ära. Vielleicht klärt sein letztes Buch die eigenen Gesinnungssprünge auf. Es mag sich jeder selbst ein Bild von Sebastian Haffner machen.

Das gebundene Buch "Geschichte eines Deutschen - Die Erinnerungen 1914-1933" ist im Jahr 2000 in der Deutschen Verlags-Anstalt (DVA), Stuttgart, erschienen. Es hat 240 Seiten und kostet 20,35 € (39,80 DM). (ISBN 3421054098)

Gerold

Europäischer Aufruf zu den bedrohten Bürgerrechten

Demokratische Bürgerrechte dürfen nicht durch den Krieg gegen den Terrorismus beschädigt werden. Im Rahmen des Kampfes gegen den Terrorismus hat die Europäische Kommission einen Beschluss vorbereitet, welcher die einzelnen mitgliedstaatlichen Gesetzgebungen auf dem Gebiet des Terrorismus vereinheitlichen soll. Der Beschluss wird als Reaktion zu den Attentaten in New York und Washington gesehen. Die mutmaßlichen Attentäter könnten jedoch ohne weiteres nach den heute gegebenen Gesetzgebungen verurteilt werden. Die neue Gesetzgebung der Europäischen Union läuft jedoch mehrheitlich darauf hinaus, allzu strenge Strafen zu setzen, so dass eine bloße vermeintliche Beteiligung an sozialen Handlungen bereits als terroristisch betrachtet und deshalb unter Strafe gestellt würde.

Das würde für alle Mitgliedsstaaten gelten, auch für diejenigen, die unter Umständen mildere Strafen oder keine Strafen für harmlose Tätigkeiten vorgesehen haben. Die neue von der Kommission vorgesehene Gesetzgebung fügt deshalb der aktuellen Rechtssituation nichts Neues hinzu, was den Terrorismus besser bekämpfen würde. Im Gegenteil. Die von der Kommission vereinheitlichte Defini-

tion eines Terrorismus ist derart weit gefasst und auslegbar, dass jede soziale Kampfaktivität kriminalisiert, ja sogar als terroristisch betrachtet werden kann. Die Beschreibung aus der Definition "Die unerlaubte Besetzung von Infrastrukturen, um soziale und ökonomische Strukturen schwer zu beeinträchtigen" qualifiziert alle Arten von Besetzungen von öffentlichen Plätzen und Unternehmen als terroristisch.

Die "Störung von Wasser- und Elektrizitätsversorgung und alle anderen Arten natürlicher Quellen" macht jede soziale Aktivität der in diesem Sektor arbeitenden Arbeiter zum Terrorismus. Ein bloßes Erscheinen einer sozialen Vereinigung dieser Art ist ebenfalls als terroristischer Akt zu bezeichnen. Im Weiteren wird "die Ermüdung" zu solchen Aktivitäten durch einzelne oder durch mehrere Personen (Gruppe) mit 7 Jahren Gefängnis bestraft. Die Versammlungsfreiheit, das Streikrecht, die Meinungsäußerungsfreiheit werden wesentlich durch diesen Beschluss bedroht. Zudem wird eine solche Gesetzgebung eine ebenso außergewöhnliche Verfahrensgesetzgebung nach sich ziehen. Das führt unausweichlich zu einer speziellen Verfahrenspraxis und einer Ausweitung der Frist der Untersuchungshaft, die unter Umständen zu ei-

nem ungewollten Geständnis führen können. Der Beschluss sollte eine logische Schlussfolgerung auf den Kampf gegen den Terror sein. In Tat und Wahrheit wird diese antiterroristische Vereinheitlichung der Gesetzgebung eine wahrhaftige Kriegsmaschinerie gegen die demokratischen Freiheitsrechte und gegen diejenigen, die sich aus verschiedenen Gründen "in Opposition" zu einem immer mehr globalisierten und ungerechten ökonomischen, politischen und sozialen System befinden. Die Unterzeichnenden rufen deshalb alle sich der zur Verteidigung der demokratischen Bürgerrechte bewussten Kräfte auf, sich gegen diesen Beschluss der europäischen Kommission, der den Mitgliedsstaaten aufgezwungen wird, zu wehren. Sie verlangen von den Europäischen Institutionen und ihren parlamentarischen Repräsentanten, eine Inkraftsetzung des freiheitsraubenden Beschlusses zu verhindern.

Antoine Combe (Rechtsanwalt in Paris), Ties Prakken (Rechtsanwalt in Amsterdam), Jan Fermon (Rechtsanwalt in Brüssel) - Contact: jan.fermon@skynet.be - Ou Jan Fermon, Fax: 322-2 1580 20

(aus: Mitteilungen der Humanistischen Union e.V. Nr. 176)

Die Wahrheit über Kriege

Mit Kriegen beginnt das Rennen in immer größere und grausamere Katastrophen. Im Krieg wird nicht nur mit Waffen gekämpft. Zur Inführung werden auch Informationen über den Gegner verbreitet, ohne sie auf Wahrheit geprüft zu haben. Im Zusammenhang mit den Terroranschlägen am 11. September in den USA und dem folgenden Krieg in Afghanistan hatte sich im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Vegesack eine Friedensinitiative mit dem Namen "Sag NEIN zum Krieg" gebildet. Sie legte fest, solange der Krieg anhält, sich jeden Freitag um 17:00 Uhr an der Ecke Gerhard-Rohlf's-/Breite Straße zu einer Kundgebung zu treffen. Zur sechsten Kundgebung am 21. Dezember waren trotz Regenwetter rund 60 Teilnehmer erschienen.

Als erster Redner sprach Alois Engel von der VVN-BdA. Zweiter Redner war Pastor Harm Ridder aus Blumenthal. In meinem Beitrag stellte ich fest: Kriege haben noch nie in der Geschichte Frieden und Gerechtigkeit für die Menschheit gebracht. Sie dienten immer den Herrschenden zum Machterhalt und zur Eroberung. Opfer und Leidtragende waren dabei die Volksmassen. Deutlich erkennbar wurde das im Kolonialzeitalter. Auch nach Ende des Kolonialsystems hat sich daran wenig geändert. Die Ausbeutung ging seitens der Industrieländer weiter. In Afrika z.B. starben fast täglich Hunderte an Hunger und medizinischer Unterversorgung.

Die beiden Weltkriege - sie gingen von deutschem Boden aus - hatten ebenfalls Kurs auf Machterweiterung mit Weltmacht-Absichten. Der Kaiser hatte z.B. am 01. August 1914 - dem Kriegsbeginn - den Soldaten zugerufen: "Denkt daran, mit jedem Schuss ein Russ, mit jedem Stoß ein Franzose", und jedem Schritt ein Brit." Den Abgeordneten sagte er: "Ich kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche." Genau vor diesen Deutschen, seinem Volk, musste er 1918, als der Krieg verloren ging, die Flucht ergreifen. Mit diesem Ergebnis kam es 1919 zur Bildung der Weimarer Republik. Demokratische Alternativen wurden möglich. Leider wurden sie nicht voll genutzt.

Wohl selten in der Geschichte ging eine Lösung so bitter in Erfüllung wie die der KPD. Zur Reichspräsidentenwahl 1932 lautete sie: "Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt Krieg." Hindenburg wurde gewählt, wie es Rüstungsindustrielle und Bankiers planten. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler von diesem Reichspräsidenten zum Kanzler ernannt. Von diesem 30. Januar 1933 an begann eine Politik, die auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet nur

einem Ziel diente: der Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs zur Verwirklichung der Macht in Europa und der Welt Herrschaft. In den Sog dieses Raubkrieges gerieten mehr als 50 Staaten. Er kostete weit über 50 Millionen Kriegstote. Hunderte Städte und Dörfer wurden zerstört und dem Erdboden gleich gemacht. Nicht vergessen werden dürfen die Millionen, die in Zuchthäusern, Konzentrations- und anderen Vernichtungslagern ermordet wurden. Die Überlebenden dieser Schreckens- und Mordlager dürfen in den Diskussionen der Friedensinitiativen nicht vergessen werden. Sie hatten, nachdem sie in ihre Heimatorte zurückgekehrt waren, den Menschen in der ganzen Welt eine richtige Orientierung gegeben: "Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg." Leider wurde von den verantwortlichen Regierungspolitikern in den Nachkriegsjahren davon kein Gebrauch gemacht. Statt Frieden gab es Kalten Krieg.

Kalter Krieg - von den USA eingeleitet - war als Verdrängung der Stimmung des "Nie wieder" gedacht und sollte Gründe für neue Kriege schaffen. Der Krieg in Afghanistan weckt jedenfalls solche Gedanken. Auf der Kundgebung am 21. Dezember hatte Pastor Harm Ridder eine sehr gute Einschätzung des Krieges gegeben. Der Krieg, so hatte er in einer Rede beklagt, sei durch die Politik der Vereinigten Staaten inzwischen wieder "eine selbstverständliche Möglichkeit" geworden. "Um den einen zu treffen, Bin Laden, sterben Tausende, sind Millionen auf der Flucht." Das Leiden der Menschen sei weitgehend aus dem Blickfeld geraten. Vor diesem Hintergrund sei die

"uneingeschränkte Solidarität" mit der amerikanischen Politik "der Skandal des Jahres."

Beim anschließenden Treffen der Friedensinitiative im Bürgerhaus gab Pastor Volker Keller eine Zwischenbilanz über die sechs stattgefundenen Kundgebungen. Die Befürchtung zu Beginn der Demo-Serie habe sich nicht bestätigt. Darum werde man die Kundgebungen mit dem Motto: "Sag NEIN zum Krieg" fortsetzen. Pastor Ridder gab in seiner Rede eine gute Anregung: "Von denen da oben können wir den Frieden wohl nicht erwarten ... Wir müssen wissen, was wir wollen, und ich denke: wir wollen keinen Krieg." Und das dürfte das Verlangen der überwiegenden Mehrheit der Menschen sein. Und im Interesse der VVN-BdA möchte ich hinzufügen: Gemeinsam, so wie wir das auf unseren bisherigen Kundgebungen taten, können wir dazu beitragen, dass Ursachen von Krieg und Gewalt überwunden werden. Sagen wir weiter "NEIN zum Krieg".

Alois Engel

Ausstellung

Vom 13. bis zum 23. Februar wird die Ausstellung "Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland" im Bürgerzentrum Neue Vahr gezeigt. Das BGZ ist Montags bis Donnerstags von 9:00 bis 22:00 Uhr und Freitags von 9:00 bis 21:00 Uhr geöffnet. (An Wochenenden nach Vereinbarung) Für Schulklassen oder ähnlich Gruppen sind Termine für Führungen möglich. Anschließend wird die Ausstellung in der KGS Brinkum zu sehen sein.

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- ☐ Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden/Antimilitarismus
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Geb.-Datum _____

Bremen, den _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an:

VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 28,
28217 Bremen

Brief an Debbie

Im vergangenen Jahr löste die in der Villa Ichon gezeigte Ausstellung Yardena Donig Youners großes Echo in Bremen aus. In diesem Jahr nun soll sie in Hamburg und Lübeck gezeigt werden. Jörg Wollenberg versucht mit seinem Beitrag und der Gestaltung der Broschüre, neue Zugangswege zur Erinnerung in der Gegenwart zu schaffen. Er nutzt das Mittel der Bilanz, um Fabrikation des Todes und deren Verantwortung zu enthüllen. Beim Blick in den Spiegel sind Widersprüche in der jeweils individuellen Erinnerung Überlebender zu erahnen. Dazu hat er die Bilder Yardena Donig Youners und die Übersetzung des Originalbriefs im Donat Verlag herausgegeben, zusammen mit Beiträgen der Tochter Albert und Deborah Gaynes' sowie Roseli Bontjes van Beek über eine Begegnung mit der Künstlerin. Im Mittelpunkt der 65-Seiten-Broschüre stehen die 12 Bilder der Künstlerin. Dem Brief Albert Gaynes sind sechs Photos der Befreiung des Dachauer KZ-Außenlagers Landsberg-Kaufering beigelegt, die sein Grauen nachföhlbar werden lässt.

Ende April 1945 hatten Truppen der 7. US-Armee die Häftlinge der elf Käuferinger Außenlager befreit. Mit nüchternen Zahlen belegt Jörg Wollenberg die Buchhaltung des Todes. Nicht einmal die Häft-

te der 17.600 überlebenden jüdischen KZ-Häftlinge waren zum Zeitpunkt ihrer Befreiung noch arbeitsfähig. In knapp einem Jahr waren 14.500 KZ-Häftlinge ums Leben gekommen. Leutnant Albert Gaynes schrieb am 30. April 1945 an seine Frau Debbie: "Ich hoffe, du wirst niemals

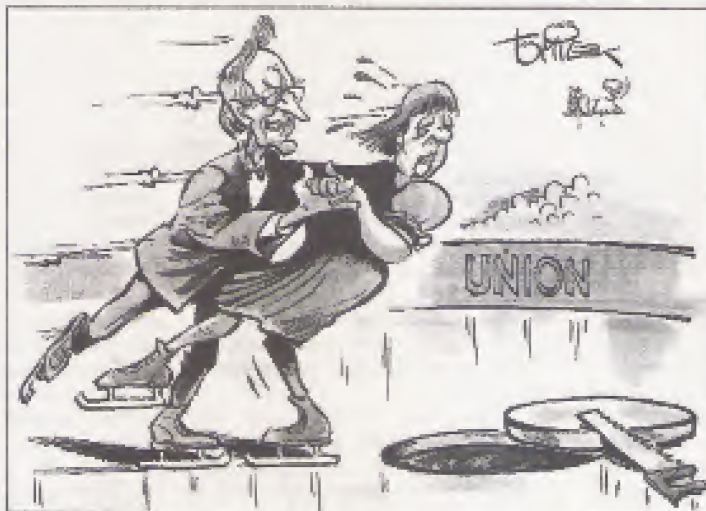
lagert die wandtafelgroßen Fotos. Yardena wollte, "dass man nicht gleich die Bilder sieht. Zuerst liest man den Brief, und dann entdeckt man die Bilder im Hintergrund." Sie ist selbst betroffen: Ihre Großmutter blieb in Berlin, als die Familie 1934 nach Palästina emigrierte und kam 1941 im Ghetto von Riga um. Die Ungewissheit über das WIE ihres Todes verfolgt Yardena in wiederkehrenden Alpträumen. Sie nimmt es auf sich, "die Stimmen der Toten mitzutragen."

Es ist schließlich die Tochter von Al und Debbie Gaynes, die im Holocaust Museum in Washington dem Schicksal von Yardenas Großmutter auf die Spur kommt. Roseli, die Schwägerin der 1943 hingerichteten Cato Bontjes van Beek, überträgt die letzten Briefe und Karten der Großmutter Yardenas aus der Sütterlinschrift. Ihre ge-

meinsame Begegnung führt zu einer dauernden Brieffreundschaft. "Wir können und sollten nicht mal eben die Perspektive der Opfer einnehmen," schreiben Jochen Kietzin und Chaja Boebel zum Umgang mit der Ausstellung. "Wir können uns auf einer allgemeineren Ebene mit ihrem Leben beschäftigen und versuchen zu begreifen, wie wir heute auf diesen Teil unserer gemeinsamen Geschichte reagieren, was wir in diesen Bildern wiederfinden und welche Fragen sich daraus für uns ergeben."

Jörg Wollenberg (Hrsg.), "A Letter to Debbie", Die Befreiung des Dachauer KZ-Außenlagers Landsberg-Kaufering. Eine Ausstellung von Yardena Donig Youner, 2002, Donat Verlag, 7,80 €, ISBN 3-934836-31-3

Raimund Gaebelein



KANDIDATENWAHL AUF BAYERISCH - aus: Der Grundstein - IS BAU

das sehen, was ich sehen werde, bis ich sterbe." Dem Brief fügte er 13 Fotos bei. Albert Gaynes engagierte sich bis zu seinem Tod im Dezember 1991 in einer Vielzahl von Organisationen, die sich für die Sicherung des Friedens, der Wahrung der Menschenrechte, den Erhalt der Demokratie und für gerechte Wohnverhältnisse in Mittelamerika einsetzten.

50 Jahre später vereint Bilder Yardena Donig Youner Bilder und Briefseiten zu einem Gesamtkunstwerk. Der Text über-

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421-61 12 62 (Willy Hundermark) oder 0421-61 63 215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich an dem letzten Montag im Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 05. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundermark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

"Der Bremer Antifaschist" ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 28, 28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: vvn-bda.bremen@t-online.com
Internet: <http://www.vvn-bda.de/bremen>

Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 25050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Geburtstage im Februar 2002

Jürgen Lüters	11.02., 48 J.
Christoph Haun	12.02., 52 J.
Barbara Miersch	18.02., 48 J.
Johanna Elmers	17.02., 84 J.
Ernst Busche	20.02., 79 J.
Walltraut Metz	23.02., 78 J.
Thomas Kosicki	25.02., 50 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand